Mittel zum Zweck: Einnahmesteigerung für Tank & Rast

WZ, 14/8/13

Thema: Verlegung der Autobahnraststätte Wetterau-Ost an der A 5 bei Ober-Mörlen

Nicht von der Gemeindeverwaltung, gewählten Gemeindevertretern oder gut vernetzten und informierten Dorfpolitikern, sondern erst auf Nachfrage der Wetterauer Zeitung erfährt Ober-Mörlens Wahlvolk vom hessischen Justizminister Hahn von der weitreichenden Entscheidung des Bundesverkehrsministeriums. Dieses hat mit Vermerk zugestimmt, dass – nach der Vorauswahlentscheidung des hessischen FDP-Verkehrsministers Rentsch und dessen Behörde Hessen Mobil – nun der einzig verbliebene Standort für die Verlegung der Autobahnraststätte Wetterau-Ost zwischen die Nauheimer Straße und die Friedberger Straße konkret weiter verfolgt wird. Alle erforderlichen Maßnahmen zur Einleitung des Planfeststellungsverfahrens, insbesondere die Umweltverträglichkeitsprüfung, werden noch bis Ende 2014 fertiggestellt sein. Die ersten Untersuchungen sind erledigt.

Die neue Raststätte wird um das Vierfache vergrößert und sich über eine Fläche von ca. 8,5 ha erstrecken; sie liegt mitten in Schutzgebieten für Landwirtschaft, Natur und Landschaft sowie Trinkwassergewinnung. Die neue Raststätte wird sich in unmittelbarer Nähe zur vorhandenen sowie geplanten (Schießhütte II) Wohnbebauung befinden und sich in exponierter Hanglage über Ober-Mörlen erheben, um in 365 Nächten den Ort so schön auszuleuchten, dass man glauben könnte, der Sinatra-Klassiker »The city that never sleeps« wäre doch nicht für New York geschrieben worden.

Apropos Schlafen: Hat jemand einen Beitrag zur Meinungsbildung oder wenigstens zum Wahlkampf von SPD, FDP oder FWG zur größten Ober-Mörler Baumaßnahme aller Zeiten gehört? Existieren die Grünen überhaupt noch? Vor einem gefühlten Jahr sind sie mit einer Einladung zu einem Vortrag über Lichtverschmutzung in Erscheinung getreten. Das Thema könnte jetzt recycled werden.

Die CDU hat sich ja schon mit massiver Wahlkampfunterstützung ihrer Landtags- und Bundestagskandidaten schützend vor ihren CSU-Bruder im Bundesverkehrsministerium und ihren FDP-Halbbruder im Landesverkehrsministerium in Stellung gebracht und die erste Wahlgeschenkrakete gezündet:

Größenvergleich: Die Fotomontage von MT-Schreiber Andreas Seifert zeigt die alte und die geplante neue Raststätte an der A 5 bei Ober-Mörlen. (Quelle: Google Maps)

Die Verlegung der Raststätte gibt's nur mit Umgehungsstraße. Soviel Chuzpe muss man haben, eine Uraltrakete immer wieder aus der Wahlkampfkiste hervorzukramen; denn seit über 50 Jahren haben alle dagewesenen Lokalpolitiker bewiesen, keine dicken Bretter bohren zu können, um aus Visionen Realität werden zu lassen. Komplett ungeprüft einem einzigen Raststättenstandort vorab zuzustimmen und für eine fantastische Umgehungsstraße zu »verkaufen«, ist auch deshalb grob fahrlässig, weil die Umsetzung der Raststättenverlegung bereits auf der linken Spur unterwegs ist, während sich die Umgehungsstraße planungstechnisch noch auf der Standspur befindet. Sie ist aktuell in keinem Bedarfsplan vorgesehen, weder mittel-, halb- oder vordringlich; selbst wenn sie es in den Bundesverkehrswegeplan 2015 schaffen sollte, ist noch nichts konkret. Der Dealpartner kann also nur heiße Luft versprechen, und schon gar nicht, ob er nach der Wahl überhaupt noch da ist.

Die Schaffung von zusätzlichen Stellplätzen für Lkw (171, bisher 31) wird vom Bund insbesondere mit gestiegenem Bedarf und der Einhaltung von Lkw-Lenkzeiten begründet. Hierfür wäre jedoch der Bau unbewirtschafteter Autobahnparkplätze völlig ausreichend. Aber Verkehrsminister Rentsch nennt als weiteres Argument, dass die bisherige Raststätte den Anforderungen an eine »moderne Rastanlage« nicht mehr entspreche und »nicht zum längeren Verweilen« einlade.

Die Logik ist klar. Wer länger verweilt, gibt auch mehr Geld in der Raststätte aus. Damit sind wir bei den handfesten wirtschaftlichen Interessen. 90 Prozent aller deutschen Autobahnraststätten, auch die Raststätte Wetterau-Ost, wurden 1998 privatisiert und sind im Besitz der Tank & Rast-Gruppe. Sie hat vom Bund die langfristige Konzession zum Betrieb dieser Rast- und Tankanlagen, verpachtet sie weiter und zahlt abhängig von Kraftstoffabsatz und weiteren Umsätzen Konzessionsabgaben an den Bund. Die Tank & Rast-Gruppe wiederum gehört zwei Private Equity Fonds – auch Heuschrecken genannt – mit Sitz auf den Steuerspaßinseln Jersey und Guernsey. Es ist eindeutig, dass der Ausbau von Parkplatzkapazitäten und die Verlegung der Raststätte Wetterau-Ost nur Mittel zum Zweck der Einnahmensteigerung für Tank & Rast ist.

Liebe gewählte Volksvertreter Ober-Mörlens, werden Sie wach, bevor es zu spät ist.

Andreas Seifert, Ober-Mörlen

Europaweite Lachnummer

Thema: Deutsche Bahn

So sehen sie aus – die »Segnungen« des deutschen Privatisierungswahns, den man jetzt, vorrangig in Griechenland, den restlichen Staaten der EU überstülpen möchte. Die Bahn fährt immer. Einst ein hochtrabender Werbeslogan mit Einschränkungen in der Praxis. Heute eine europaweite Lachnummer. Nachdem in den vergangenen Jahren in den Sommermonaten Fahrgäste wegen Dehydrierung aufgrund defekter Klimaanlagen kollabierten oder im Winter wegen überforderter Heizungen fast erfroren, wird aktuell eine Großstadt, Mainz, von der Versorgung der Schiene einfach abgeschnitten. Genau betrachtet ist es aber gar nicht lustig, es ist ein Skandal. Eine völlig verfehlte Unternehmenspolitik unter Manager Mehdorn zeigt jetzt ihre Folgen. Personalmangel an allen Ecken und Enden, und das dicke Ende kommt mit Sicherheit noch. Die ersten Ankündigungen über weitere Einschränkungen werden von den Offiziellen schon vorsichtig in den Nachrichten platziert. Anstatt in die Zukunft zu investieren und für genügend Fachpersonal zu sorgen, wurden lieber Milliarden in großkopferte Projekte investiert oder in Auslandsbeteiligungen versenkt. Hauptsache, der ICE darf jetzt durch den Kanaltunnel fahren, und Stuttgart wird untertunnelt. Den Mainzern nützt das wenig. Die wollen einfach nur nach Frankfurt oder Wiesbaden, und das auch nach 20 Uhr.

Aber nicht nur bei der Bahn, sondern auch bei anderen früheren Staatsbetrieben zeichnet sich seit der Privatisierung ein Trend ab, der kurz und einfach zu beschreiben ist: Preise rauf, Leistung und Service runter. Ich durfte es selbst vor einigen Tagen wieder erleben, als bei der Post-Filiale in Friedberg die Schlange der Kunden bis vor die Eingangstür reichte, während sich drinnen an zwei Schaltern mehr schlecht als recht bemüht wurde, dem Andrang Herr zu werden.

Durchaus kein Einzelfall, sondern der ganz normale tägliche Wahnsinn. Es wird Zeit, dass in der Politik ein Umdenken stattfindet. Unternehmen wie Bahn, Post oder Energie- und Wasserversorger gehören wieder zurück in die Kontrolle der öffentlichen Hand. Vermeidet man dann noch die Fehler früherer Staatsbetriebe, dann dürfte den Bürgern mehr gedient sein als unter den gnadenlosen Gesetzen des freien Marktes, wo alleine die Prämie für Aktionäre und Manager zählt und der Kunde mit immer höheren Preisen diese Suppe auslöffeln darf.